

PRÄAMBEL

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 56, 97 und 98 der Niedersächsi-
schen Bauordnung (NBauO) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Ge-
meinde Hatten diesen Bebauungsplan Nr. 51 „Streekermoor / Efeuweg“, bestehend aus der Planzeichnung, den
nebenstehenden textlichen Festsetzungen sowie den nebenstehenden örtlichen Bauvorschriften, als Satzung be-
schlossen.

Hatten, den 17.09.2003

gez. Hinrichs
(Siegel) (Bürgermeister)

VERFAHRENSVERMERKE

Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Hatten hat in seiner Sitzung am 27.11.2002 die Aufstellung des Bebau-
ungsplans Nr. 51 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 01.03.2003 ortsüblich
bekannt gemacht worden.

Hatten, den 17.09.2003

gez. Hinrichs
(Bürgermeister)

Planunterlage

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte
Maßstab: 1:1000
Gemarkung Hatten Gemeinde Hatten

Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet (§ 13 Abs. 4 des Niedersächsischen Ver-
messungs- und Katastergesetzes vom 02.07.1985, Nds. GVBl. S. 187; geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom
19.09.1989, Nds. GVBl. S. 345).

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen bauli-
chen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstel-
lung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

.....,den
()

Planverfasser

Der Entwurf des Bebauungsplans wurde ausgearbeitet von:

pk plankontor städtebau gmbh Oldenburg, den 27.10.2003
Lindenallee 23
26122 Oldenburg
Tel.: 0441/97201-0
Fax: 0441/97201-99
gez. H. Meyer
(Dipl.-Ing. Hans Meyer)

Öffentliche Auslegung

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Hatten hat in seiner Sitzung am 28.05.2003 dem Entwurf des Bebauungs-
plans und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.
Eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurde nicht durchgeführt.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 30.05.2003 ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplans und die Begründung haben vom 10.06.2003 bis 11.07.2003 gemäß § 3 Abs. 2
BauGB öffentlich ausgelegen.

Hatten, den 17.09.2003

gez. Hinrichs
(Bürgermeister)

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Hatten hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in
seiner Sitzung am 17.09.2003 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Hatten, den 17.09.2003

gez. Hinrichs
(Bürgermeister)

Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 10.10.2003 im Amtsblatt Regie-
rungsbezirk Weser-Ems Nr. 41 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am 10.10.2003 rechtsverbindlich geworden.

Hatten, den 10.10.2003

gez. Hinrichs
(Bürgermeister)

Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschrift-
en beim Zustandekommen des Bebauungsplans nicht geltend gemacht worden.

Hatten, den

(Bürgermeister)

Mängel der Abwägung

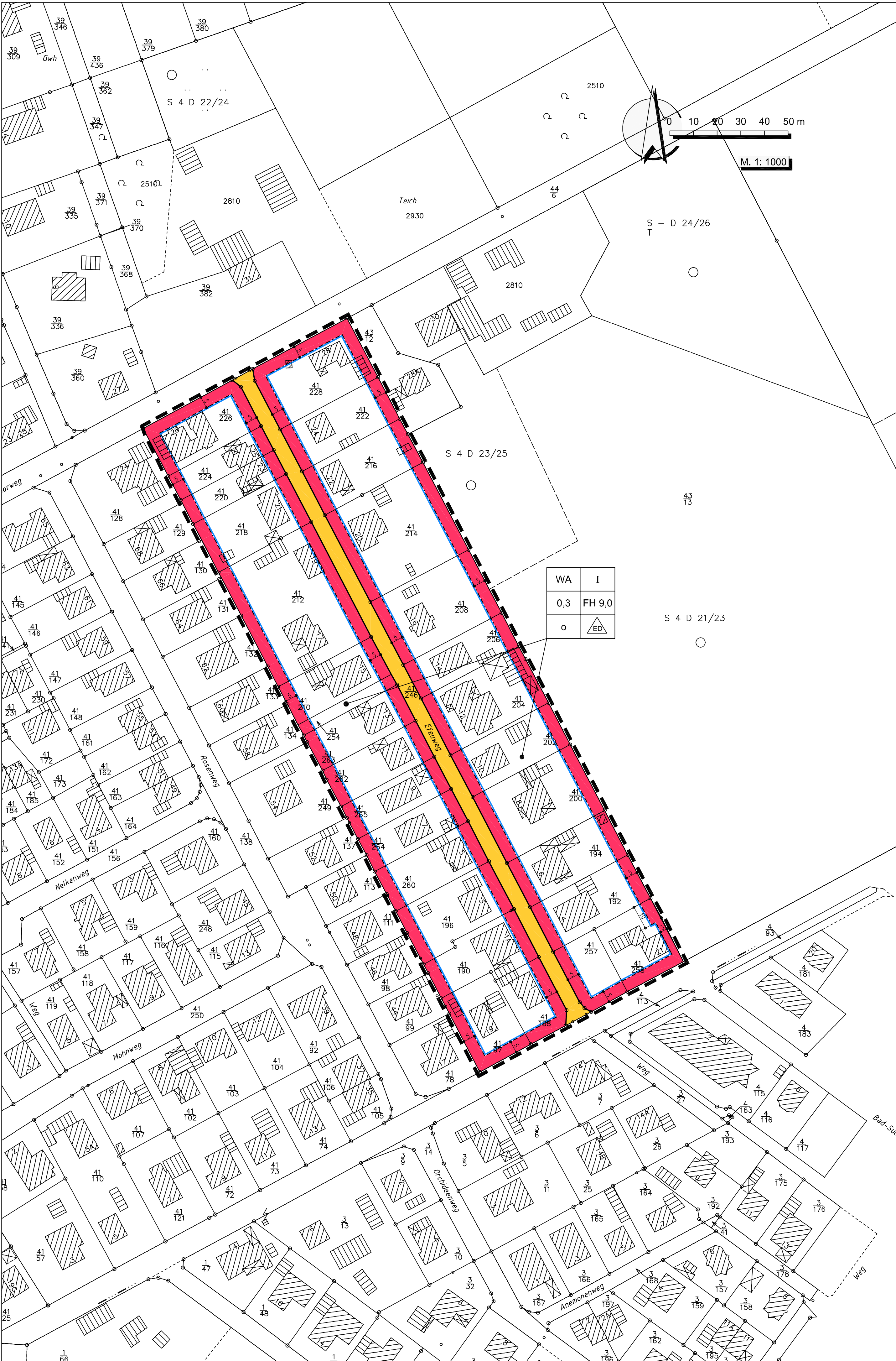
Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttretendes Bebauungsplans sind Mängel der Abwägung nicht geltend ge-
macht worden.

Hatten, den

(Bürgermeister)

Hiermit wird beglaubigt, dass die Abschrift mit der vorgelegten Urschrift des Bebauungsplanes Nr. 51 „Streekermoor
/ Efeuweg“ übereinstimmt.

Hatten, den Im Auftrag:



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Nr. 1 Beschränkung der Wohnungszahl in Wohngebäuden

Bei einer Bebauung mit Einzelhäusern sind pro Wohngebäude höchstens zwei Wohnungen zulässig.
Wohngebäude im Sinne dieser Festsetzung ist jeweils das Einzelhaus. Bei einer Bebauung mit Doppel-
häusern ist pro Wohngebäude höchstens eine Wohnung zulässig. Wohngebäude im Sinne dieser Fest-
setzung ist jeweils die Doppelhaushälfte. (gem. § 9 (1) 6 BauGB)

Nr. 2 Mindestgrundstücksgrößen

Im Allgemeinen Wohngebiet (WA) müssen die Baugrundstücke für Einzelhäuser eine Mindestgröße von
500 qm einhalten; für Doppelhäuser gilt eine Mindestgrundstücksgröße von 600 qm für beide Haushäl-
ten zusammen. (gem. § 9 (1) 3 BauGB)

Nr. 3 Firsthöhe

Der untere Bezugspunkt (Nullpunkt) für die festgesetzte Firsthöhe ist die Oberkante der öffentlichen Er-
schließungsstraße im Bereich der jeweiligen Grundstückszufahrt.

Als Firstpunkt gilt der höchste Punkt des Daches. Antennen, Schornsteine etc. bleiben unberücksichtigt.
(gem. § 18 BauNVO)

Nr. 4 Garagen und Stellplätze

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zwischen Straßenbegrenzungslinie und straßenseitiger
Baugrenze sind Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) nicht zulässig. Diese Festsetzung gilt
nicht für offene Stellplätze. (gem. § 9 (1) 11 BauGB und § 12 (6) BauNVO)

Nr. 5 Oberflächenwasserableitung

Innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes (WA) ist das auf den privaten Grundstücksflächen anfallende,
unbelastete Niederschlagswasser der Dachflächen auf den Grundstücken zur Versickerung zu bringen.
Das Niederschlagswasser der Pkw-Stellplätze ist ebenfalls auf den Grundstücksflächen (im Einzelfall
nach Vorklä rung) zur Versickerung zu bringen.

Oberirdische Anlagen zur Versickerung des Regenwassers sind naturnah zu gestalten.

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

§ 1 Dachgestaltung

Innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes (WA) sind ausschließlich Gebäude mit einer Dachneigung von
mindestens 15 Grad zulässig. Dies gilt jedoch nicht für untergeordnete Gebäudeteile, Garagen und
Nebenanlagen i.S.v. § 14 BauNVO, die eine Grundfläche von weniger als 50 qm haben.

Ausnahmen von der vorgesehenen Dachneigung können gewährt werden, sofern dies zur Anlage von
bepflanzten Dächern erforderlich ist.

HINWEISE

Diesem Bebauungsplan liegt die Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 23. Januar 1990 zugrun-
de.

Sollten bei den geplanten Erd- und Bauarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können
u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen
u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, so sind diese gemäß
§ 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Bezirksregie-
rung Weser-Ems, Dez. 406 – Archäologische Denkmalpflege – oder der unteren Denkmalschutzbehörde
des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten
oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf
von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen,
wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. (Nieders. Denkmal-
schutzgesetz vom 30. 5. 1989, Nds. GVBl., S. 517)

Sollten bei den geplanten Erd- und Bauarbeiten Hinweise auf Altablagerungen zu Tage treten, so ist un-
verzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.

PLANZEICHENERKLÄRUNG

Art der baulichen Nutzung

WA Allgemeine Wohngebiete

Maß der baulichen Nutzung

0,3 Grundflächenzahl
I Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
FH 3,5 m Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß in m, Firsthöhe

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

o offene Bauweise
ED nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
Baugrenze

Verkehrsflächen

Straßenverkehrsflächen mit Straßenbegrenzungslinie auch gegen-
über Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Sonstige Planzeichen

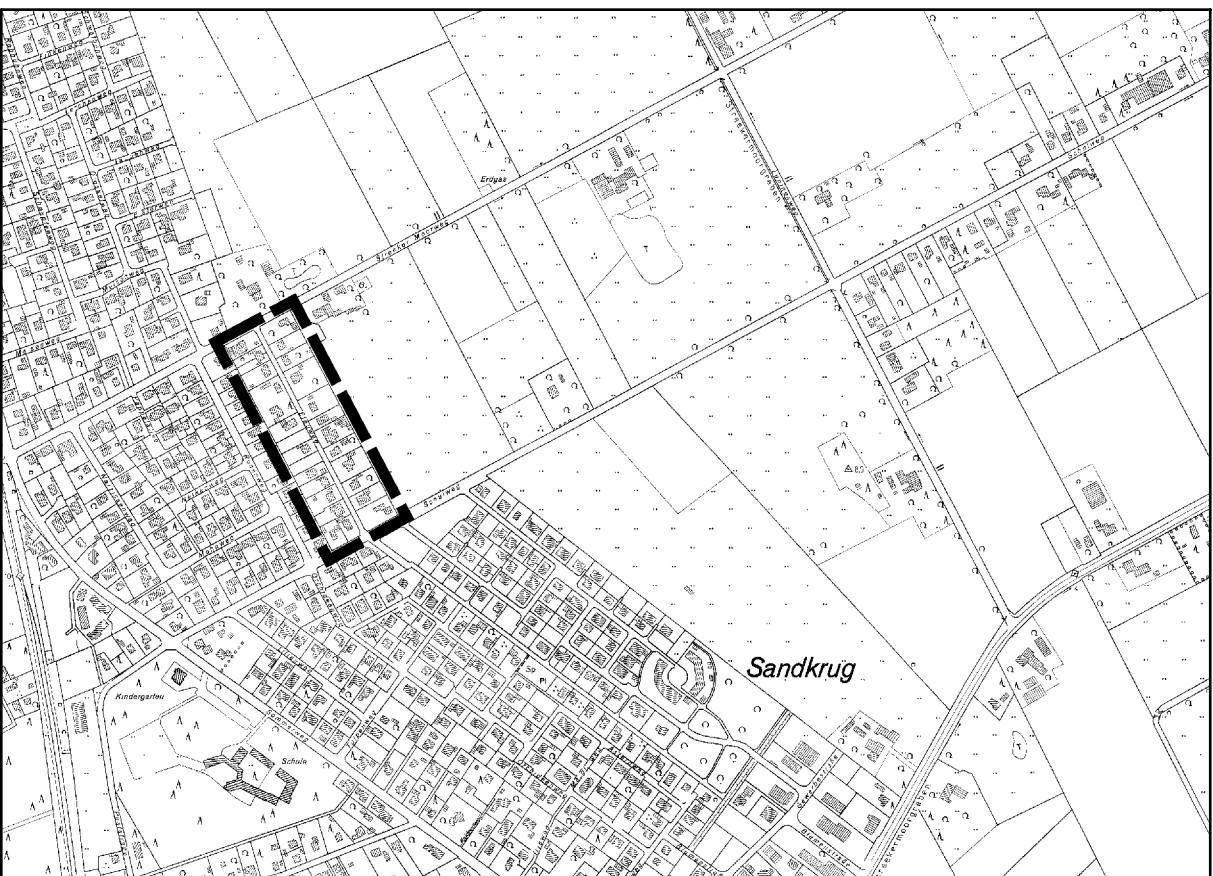
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
des Bebauungsplanes

Gemeinde Hatten

Bebauungsplan Nr. 51

"Streekermoor / Efeuweg"

mit örtlichen Bauvorschriften



Übersichtsplan : 1 : 10.000

pk plankontor städtebau gmbh

Lindenallee 23 26122 Oldenburg

Telefon 0441/97201-0 Telefax 0441/97201-99